

Haushaltsplan der Stadt Bretten 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Wolff, Herr Bürgermeister Nöltner, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Ein Haushaltsplan ist die Kunst ein Fass ohne Boden zum Überlaufen zu bringen, mit diesem Zitat von Werner Mitsch, einem großartigen Aphorismen-Schreiber, wurde unsere diesjährige Haushaltsklausur eingeleitet.

Unser Haushaltsplan ist kein Fass ohne Boden, das wir auch nicht zum Überlaufen bringen wollen. Das Volumen dieses Fasses beträgt ca. 80 Millionen Euro.

Der Haushaltsplan ist ausgewogen in Einnahmen und Ausgaben. Auf die jährlich entstehenden Aufwendungen aus dem operativen Geschäft wie Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage, Reparaturen und Unterhalt, Personal und vieles mehr haben wir ja fast keinen Einfluss. Die Vorwegentnahme von weiteren 300 Millionen der grün-schwarzen Landesregierung mindert die Einnahmen unserer Kommune um ca. 750.000 Euro. Dies reißt ein Loch in unseren Stadtsäckel. Wir können nicht nachvollziehen, warum der Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen konsolidiert werden soll.

Früher haben wir uns noch mächtig aufgeregt, dass wir vom Bund und Land immer neue Aufgaben ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich übertragen bekamen. Ganz laut wurde da nach Konnexität gerufen, besser bekannt unter „**Wer bestellt bezahlt**“! Heute akzeptieren die Spitzenverbände, dass man uns zur Erfüllung unserer nicht weniger gewordenen Aufgaben Geld nimmt.

Hier werden wir eiskalt geblufft, es sei kein Geld da. Ein vermeintlicher Kompromiss bringt dann Überraschung! Milliarde um Milliarde fließen in den Landeshaushalt. Tricksen, Tarnen, Täuschen bei vollen Kassen – zu Lasten der Kommunen könnte man das nennen! Oder fällt Ihnen eine bessere Bezeichnung ein?

Ohne die Vorwegentnahme könnte unser Haushalt 2017 fast ohne Kreditneuaufnahme auskommen. Unsere Spielräume für zukunftsweisende Investitionen sind trotz guter Konjunkturdaten eingeschränkt. Wir haben im vergangenen Jahr durch das ‚Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK)‘ wie auch beim ‚Fußverkehrscheck‘ zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern viele Forderungen, Mängel und Wünsche für eine lebens- und lebenswerte Stadt aufgelistet. Das Auftragsbuch ist damit voll für mehrere Jahre. Einige Maßnahmen aus dem großen Katalog wurden bereits umgesetzt oder sind in einer Planungsphase.

In einer Statistik, die von der IHK erhoben wurde, ist Bretten im Vergleich von 94 Großen Kreisstädten in Baden-Württemberg bei der Finanzkraft auf Platz 2, bei den Ausgaben auf Platz 7 bezogen auf den einzelnen Bewohner. Dies ist zwar ein sehr gutes Ergebnis, doch wird hier mal wieder aufgezeigt, wo unsere Schwächen liegen. Investitionen des Vorjahres sind nur zu 50 % umgesetzt worden, der Investitionsstau ist nach wie vor sehr hoch, daher ist eine Mittelübertragung von 5,6 Millionen erforderlich. Hoffen wir, dass mit einer notwendigen Personalaufstockung in diesem Jahr ein spürbarer Abbau erfolgen kann. „Neue Besen kehren gut“, sagt der Volksmund, doch dürfen wir hier auch keine Wunder erwarten, zumal neue Mitarbeiter teilweise erst zur Mitte des Jahres in unserer Verwaltung mit ihrem Einsatz beginnen können.

Im Rückblick auf das Jahr 2016 können wir feststellen, dass wir ein positives Ergebnis bei der Gewerbesteuer, Einkommensteuer und anderen Förderzuschüssen auf der Einnahmenseite haben. Trotzdem müssen wir in diesem Jahr mit einer Neuverschuldung von ca. 1,4 Millionen rechnen, ausgelöst durch die erhöhten Ausgaben durch notwendige Investitionen, -die hoffentlich auch umgesetzt werden können-, aber auch, wie bereits ausgeführt durch die Vorwegentnahme im kommunalen Finanzausgleich und die Erhöhung der Kreisumlage.

Wir begrüßen jedoch, dass auch in diesem Jahr keine höheren Steuern und Abgaben erhoben werden.

Haushalt 2017, Seite 2

Zu den wichtigen Themen für die Zukunft in unserer Stadt zählen für die SPD-Fraktion die Lösung der Verkehrsprobleme mit den geplanten Baumaßnahmen der Umgestaltung der Georg- Wörner-Straße und der Neugestaltung der Weißhoferstraße. Um den Verkehrsfluss auf der Wilhelmstraße voran zu bringen, sollte unser Vorschlag, der der Verwaltung vorliegt, aufgegriffen werden.

Im großen Maßnahmenkatalog des ISEK sind viele Vorschläge enthalten. Dies betrifft nicht nur die Bebauung des Sporgassen-Areals, sondern auch viele kleinere und größere Maßnahmen in der Stadt. Eine Gesamtkonzeption für die Sporgasse wird uns in den nächsten Wochen vorgestellt.

Die SPD Fraktion stellt sich nach wie vor als Alleinstellungsmerkmal eine Markthalle mit regionalen Versorgern oder ein Center mit Erlebniseinkauf in der Sporgasse vor. In den Obergeschossen können zusätzlich Arztpraxen und Wohnungen entstehen. Überdachte Passagen in verschiedenen Gassen wie zum Beispiel in der Marktgasse oder auch in der Fußgängerzone würde die Attraktivität der Innenstadt steigern.

Viele Pläne und Projekte wurden aufgestellt und wieder verworfen, auch mit der VBU. Mit der von uns allen beschlossenen Stelle für das Stadtmarketing, besser bekannt als 'Citymanager', hoffen wir, die Stadt voran zu bringen.

Mehr als die Hälfte der Einwohner von Bretten leben in unseren neun Stadtteilen. Uns ist es wichtig, die Nachverdichtung und die Nahversorgung in den alten Ortskernen zu stärken. Auch die Neubaugebiete in den Stadtteilen dürfen nicht vergessen werden. Vieles soll in diesem Jahr umgesetzt werden. Ich könnte einige Beispiele aufzeigen.

Das Thema "Soziale Sicherheit" ist derzeit in aller Munde. Die gefühlten Ängste der Bürgerinnen und Bürger müssen wir ernst nehmen. Bretten hat zwar eine hohe Beschäftigung, doch ist die Arbeitslosenquote im vergangenen Monat um 0,3 % auf 3,9% gestiegen. Deshalb müssen der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin eine hohe Priorität haben. Die schon längst beschlossene Erweiterung des Industriegebietes Gölshausen muss endlich umgesetzt werden. Wir brauchen sichere Jobs und gute Löhne, die Grundbedingung für eine Rente, von der man später in Würde leben kann.

Weiterhin gehört zur sozialen Sicherheit auch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Deshalb müssen wir in bestehenden Quartieren und in den geplanten Neubaugebieten den 'Sozialen Wohnungsbau' sowohl durch die Städtische Wohnungsbaugesellschaft als auch durch private Investoren fördern.

Derzeit wird das neue Seniorenzentrum „Im Brückle“ gebaut. Wir stellen uns vor, dass das Gelände des bisherigen evangelischen Altenheimes für den 'Sozialen Wohnungsbau' genutzt werden könnte und auf dem ehemaligen Fibron-Gelände sollte nicht nur Gewerbe angesiedelt, sondern auch Flächen für bezahlbaren Wohnraum freigehalten werden.

Das Land hat zwar bereits unter der grün-roten Regierung die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wiederbelebt. In diesem Jahr kommen vom Bund an das Land 65 Millionen mehr für Wohnungsbauprogramme. Aber was macht die jetzige Landesregierung mit dem Geld? Sie kürzt dafür ihre eigenen Mittel um 20 Millionen.

Der Zustrom von Flüchtlingen ist die größte gesellschaftliche, kulturelle und wohnungsbaupolitische Herausforderung seit Gründung der alten Bundesrepublik. Die Situation hat sich zwar etwas entspannt, doch die Herausforderungen sind nicht geringer geworden. Wir müssen uns sowohl um die Integration der Flüchtlinge kümmern als auch um die Menschen sorgen, die sich benachteiligt fühlen.

Obwohl sich der Kreis aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit zurückzieht, hat sich der Gemeinderat in seiner Verantwortung dafür ausgesprochen, die Schulsozialarbeit auszubauen. Verhaltensauffälligkeiten, gestiegene Aggressionen, Gesprächsbedarf vieler Kinder und Jugendlicher machen diesen höheren Einsatz notwendig.

Haushalt 2017, Seite 3

Der demografische Wandel und die Alterspyramide sind Themen, die uns seit mehreren Jahren beschäftigen. Wichtig ist für uns alle, auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Wir möchten mit unserer Initiative "Einrichtung von stationären Mittagstischen für Senioren und Menschen mit Alltagsbeschränkung" erreichen, dass die Verwaltung in der Kernstadt und vor allem in den Ortsteilen den Bedarf ermittelt und ein entsprechendes Angebot vorlegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe für die Zukunft sind weitere barrierefreie Maßnahmen. Der barrierefreie Umbau der S-Bahn-Haltestellen wurde uns vor wenigen Wochen durch die AVG vorgestellt. Auch hier müssen wir viel Geld in die Hand nehmen, um dies zu realisieren. Es ist auch zu hoffen, dass die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zum Erwerb des Bahnhofes in Bälde zum Erfolg führen werden.

Zum Thema Hochwasserschutz wurde in den letzten Wochen und Monaten viel geredet und auch schon so manches getan. So wie es jetzt aussieht, kommt kein Hochwasserzweckverband zu Stande. Wir hoffen aber, dass für alle Anrainer akzeptable Lösungen vor dem nächsten Hochwasser geschaffen werden können.

Die Attraktivität unserer Stadt muss erhöht werden. Hierzu wird die Planung und Umsetzung der Naherholung in der Eng beitragen. Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang auch eine befriedigende Lösung von Toilettenanlagen, denn wenn wir Touristen in der Stadt wünschen, müssen wir auch dafür sorgen, dass genügend öffentliche Toiletten vorhanden sind.

Die Bundestagswahl und die Oberbürgermeisterwahl in diesem Jahr werfen bereits lange Schatten voraus. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen bitten und auffordern, trotz dieser besonderen Umstände, sachliche Diskussionen und Entscheidungen zu kommunal-politischen Themen nicht zu vernachlässigen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Wolff, Herr Bürgermeister Nöltner, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung stimmen wir zu und begrüßen, dass auch 2017 keine Gebührenerhöhung nötig wird.

Am Schluss geht mein Dank an alle, die zum Wohle unserer Stadt beitragen, beim Oberbürgermeister, Bürgermeister, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die stets gute Zusammenarbeit und bei allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Wir bedanken uns bei allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern in den Vereinen und Gruppierungen für ihre wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit, die sehr oft auch den Haushalt der Stadt zu gute kommt.

Wir sagen Danke der Polizei, Feuerwehr und den Rettungskräften, die durch ihren Einsatz die Sicherheit in unserer Stadt gewährleisten.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2017 und dem Finanzierungsplan, sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Bretten zu.

Bretten, 21.02.2017

SPD-Fraktion